



Protokollauszug  
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 25.01.2018, 17:15 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung  
Ludwigsburg

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe Niederschrift zum Betriebsausschuss Stadtentwässerung vom 25.01.2018.

TOP 2 Schulentwicklungsplanung - Interimsschulräume Vorl.Nr. 551/17  
Berliner Platz  
- Justinus-Kerner-Schule  
- Oststadtschule (Außenstelle)

---

**Beschluss:**

Beschluss durch Ausschuss Bildung, Sport, Soziales (BSS):

1. Für den Zeitraum September 2018 bis zur Inbetriebnahme der neuen Grundschule „Fuchshof“, wird der Aufstellung von einem **Interimsmodulbau mit 6 Klassenräumen** am Berliner Platz zugestimmt.

Beschluss durch Ausschuss Bauen, Technik, Umwelt (BTU):

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der beiliegenden Planung den **Interimsmodulbau am Berliner Platz** auszuschreiben und zur Vergabe dem zuständigen Gremium vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Knoß  
Stadtrat Seybold

---

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** eröffnet den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und ruft Tagesordnungspunkt 2 auf. Die Beschlussvorlage sei im gestrigen Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beraten worden, dort sei der Bedarf einstimmig festgestellt worden. Nun finde die Abstimmung im BTU statt.

Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement) stellt die Planungen für die Interimsschulräume anhand einer Präsentation vor. Diese liegt der Niederschrift bei. Die Container würden zweistöckig angeordnet und im Mietkauf-Verfahren in das Eigentum der Stadt übergehen. Für künftige Schulumbauten in der Stadt könnten die Container genutzt werden. Die Beschaffungskosten würden sich auf 600.000 Euro belaufen.

Ein Kauf von Containern ergebe aus der Sicht von Stadtrat **Braumann** Sinn. Der Bedarf sei bei weiteren Schulumbauten in der Stadt sicherlich gegeben. An dieser Stelle der Oststadt zeige sich, wie mit der Ausweisung von Wohngebieten gleichzeitig die Infrastruktur weiterentwickelt werden sollte.

Stadtrat **Juranek** vermutet, dass der Preis für Container stark gestiegen sei. Er fragt, was mit den Containern passiert sei, die in der Vergangenheit für Schulen genutzt worden seien.

Die Fraktion werde zustimmen, so Stadtrat **Rothacker**. Ein Kauf der Container sei nachhaltiger als eine Anmietung. Er erkundigt sich nach den Modalitäten der Ausschreibung.

Stadträtin **Burkhardt** findet den Mietkauf der Container sinnvoll. Sie erinnert an den vor zwei Jahren beschlossenen Bebauungsplan Pater-Kolb-Straße, durch den die Erweiterungsfläche hinter der Schule für Wohnbebauung umgewidmet worden sei. Damals sei bereits klar gewesen, dass die Justinus-Kerner-Schule Platzbedarf habe. Es zeige sich nun, dass dies die falsche Entscheidung gewesen sei. Die Interessen der Kinder müssten vorrangig behandelt werden.

Stadtrat **Lettrari** pflichtet dem bei. Es wäre langfristig kein weiterer Platzbedarf gegeben, habe es in der Vergangenheit geheißen. Da der Bedarf für Schulräume nun vorhanden sei, werde er der Vorlage zustimmen. Er hofft auf zügige Beschaffung.

BM **Ilk** erklärt zum Platzbedarf der Schule, dass das der damalige Wissensstand gewesen sei. Der Container-Markt habe sich wieder entspannt und die Preise seien zuletzt gefallen.

Stadträtin **Liepins** erinnert daran, dass die SPD-Fraktion den Beschluss zur Pater-Kolbe-Straße als einzige Fraktion abgelehnt habe.

Stadträtin **Burkhardt** bittet um Aufnahme ihrer Wortmeldung ins Protokoll: „Also, es gab tatsächlich drei Gegenstimmen damals vor zwei Jahren hier. Und es gibt auch die Tatsache, dass wir 2014 bereits die Verlagerung eines Teils der Justinus-Kerner-Schule in diesem Bereich beschlossen haben. Es kann also nicht sein, dass unsere Stadtverwaltung, die sonst immer so klug ist, nicht gewusst hat, dass da Bedarf da sein wird – und zwar in allernächster Zeit. Und im Übrigen möchte ich meine Aussage ins Protokoll haben.“

BM **Ilk** entgegnet, dass es leicht sei, es im Nachhinein besser gewusst zu haben.

Herr **Weißer** erläutert zum Verbleib der bereits verwendeten Container, dass diese am Goethegymnasium in Betrieb seien aufgrund des 2. Bauabschnittes; die in Oßweil seien auch weiterhin in Benutzung. Schon jetzt könne man den Bedarf für den Umbau des Bildungszentrums West einplanen.

BM **Ilk** lässt sodann über die Vorlage 551/17 Ziffer 2 abstimmen.

**Beschluss:****Beschluss durch den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS)**

1. Der Erweiterung der Oststadtschule an der Danziger Str. 30 auf Grundlage des beiliegenden Raumprogramms (Anlage 1) und Flächenlayout (Anlage 2) wird zugestimmt.

**Beschluss durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU)**

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des beiliegenden Flächenlayouts eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für den Erweiterungsbau mit Mensa und Unterrichts- bzw. Betreuungs- und Verwaltungsräumen für die Oststadtschule zu erarbeiten.
3. Der Vergabe der Planungsleistungen für Architektur (Leistungsphase 1-3) an das Büro LANZ SCHWAGER ARCHITEKTEN BDA, Partnerschaftsgesellschaft MBB, Rheingutstraße 7 in 78462 Konstanz wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Knoß  
Stadtrat Seybold

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf.

Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) führt aus, dass die Oststadtschule an der Danziger Straße einen Mehrbedarf habe. Anhand einer Präsentation erläutert er die Planungen

und das Raumprogramm. Die Präsentation liegt der Niederschrift bei. Er stellt außerdem den weiteren Zeitplan vor.

Stadtrat **Link** erkundigt sich, ob die Erweiterung vom gleichen Architekten geplant werde.

Die Schule sei mit Erweiterungsoption angelegt, so Herr **Weißer**. Daher werde die Erweiterung ohne neuerliche Vergabe vom gleichen Architekten geplant. Der Bauduktus bleibe der gleiche, die Fenster würden nach heutigen energetischen Anforderungen eingebaut.

BM **Ilk** lässt über die Vorlage 341/17 Ziffern 2 und 3 abstimmen.

#### **Beschluss:**

##### **Beschluss durch den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS)**

1. Der Fortsetzung der Umstrukturierung und Sanierung der Fachklassenräume zur Gewinnung von zwei Klassenzimmern und von einem NWT-Fachraum im Stammgebäude des Mörike-Gymnasiums wird zugestimmt.

##### **Beschluss durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU)**

2. Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beschließt die weitere Umbaumaßnahme im Bestandsgebäude des Mörike-Gymnasiums, Karlstraße 19, auf der Grundlage der beiliegenden Planung mit **Projektkosten** von rd. 414.000 EUR inklusive 19 % MwSt. (Kostengruppen 300, 400, 600 + 700).

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Knoß  
Stadtrat Seybold

#### **Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 4 auf.

Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert anhand einer Präsentation

die Planungen für die Fachräume im Mörikegymnasium vor. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei. Die Arbeiten seien aufwendig aufgrund der Brandschutzvorgaben. Er geht auf den weiteren Zeitplan ein.

Stadtrat **Braumann** erklärt, dass der Bedarf für die Fachräume da sei; die Hälfte davon sei bereits umgesetzt worden. Die Finanzierung sei im Haushalt enthalten. Er fordert die Einhaltung der Terminalschiene, um weitere Verzögerungen zu vermeiden, und bittet um fortlaufende Berichte über den Baufortschritt. Nach den Verzögerungen im 1. Bauabschnitt habe es einige Unruhe in der Schule gegeben, daraus möge die Verwaltung lernen. Nötig sei ein guter Schulablauf. Er hoffe auf einen guten Verlauf der Maßnahme.

Laut Stadträtin **Liepins** habe es einige Aufregung um den Haushaltsansatz für die Maßnahme gegeben. Klar sei, dass die Räume gebraucht würden. Sie sei zuversichtlich, dass die Termine eingehalten werden.

Laut Vorlage sei nach der Baumaßnahme die gleiche Anzahl an Räumen vorhanden wie davor, so Stadträtin **Burkhardt**. Dies passe nicht zur Aussage, dass die Schule einen Mehrbedarf an Räumen habe.

Die Feststellung des Raumbedarfs liege in der Zuständigkeit des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales, erklärt BM **Ilk**. Im heutigen Ausschuss gehe es um die Sanierung.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** wirft ein, dass der Raumbedarf von EBM Seigfried im Regionalbedarfsplan vorgestellt worden sei.

Stadtrat **Juranek** fragt, ob die Nutzung des Raums 211 nicht eingeschränkt sei, da der Zugang nur durch das Klassenzimmer möglich ist.

Laut Herrn **Weißer** seien Vorbereitungsräume oft nur durch andere Räume erschlossen. Zudem gebe es sogenannte Campusräume, die von allen Schulen des Campus nach Bedarf genutzt werden könnten.

BM **Ilk** lässt über die Vorlage 269/17 Ziffer 2 abstimmen.

### Beratungsverlauf:

Siehe TOP 4.

---

**Beschluss:****I. Beschluss durch den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS)**

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales Gemeinderat beschließt die Einrichtung einer barrierefreien Beratungs- und Informationsstelle für die Fachbereiche Bürgerschaftliches Engagement und Soziales (FB 17) in den ehemaligen Vereinsräumen im Erdgeschoss des Gebäudes Stuttgarter Straße 12/1.

**II. Beschluss durch den Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU)**

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beschließt den Entwurf und Teilumbau (Erdgeschoss) des denkmalgeschützten Gebäudes Stuttgarter Straße 12/1, auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung und Kostenberechnung, mit Projektkosten von rd. 70.000 EUR (investiv) und 190.000 EUR (konsumtiv) inklusive 19% MwSt. (Kostengruppen 300, 400).

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Knoß  
Stadtrat Seybold

**Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** ruft den Tagesordnungspunkt 5 auf.

Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert anhand einer Präsentation die Umbauplanungen der Beratungsstelle. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei. Die Beratungsstelle werde vom Hof barrierefrei erschlossen. In den Räumen sollen die Beratungsbüros für Bürgerschaftliches Engagement, Rente, Pflege und Schwerbehinderte entstehen. Die WC-Anlage werde auch vom Nachbargebäude zugänglich sei. Umfangreiche Brandschutzumbauten an der Heizungsanlage seien nötig. Der historische Zustand des Gebäudes werde wieder hergestellt. Er stellt den weiteren Zeitplan vor.

Stadtrat **Braumann** bittet um eine Gesamtschau der baulichen Maßnahmen der Verwaltungsbauten, dies auch vor dem Hintergrund der nicht aktuellen Prioritätenliste. Außerdem erkundigt er sich nach einer Gesamt-Kostenaufstellung. Der vorgestellte barrierefreie Umbau ergebe aus seiner Sicht Sinn.

Stadträtin **Liepins** befürwortet die Sanierung. Dies sei ein Anfang des notwendigen barrierefreien Ausbaus, das Gebäude in der Oberen Marktstraße sei dies nicht.

Laut Stadtrat **Rothacker** sei der Umbau an dieser Stelle sinnvoll. Er fragt, wo die Vereins-Mieter hingekommen seien.

Für Stadträtin **Burkhardt** seien es äußerlich sehr schöne Gebäude. Es sei positiv, dass sie auch innen saniert würden. Sie bittet um die Vorstellung eines Gesamtkonzeptes der Verwaltungsumbauten.

Stadtrat **Th. Lutz** fragt, ob die jetzt zu sanierende Heizung seinerzeit von der Verwaltung geplant worden sei.

Stadtrat **Link** spricht sich dafür aus, die Einrichtungen des Fachbereichs Bürgerschaftliches Engagement und Soziales nicht auseinanderzureißen.

BM **Ilk** sei eine Gesamtschau der Verwaltungssanierungen wichtig. Diese werde im Februar in den Gremien vorgestellt.

Herr **Weißer** führt aus, dass das Gebäude frei werde, da sich ein Verein, an den Räume vermietet waren, aufgelöst habe. Zur Heizungsanlage antwortet er, dass diese durch die Verwaltung geplant worden sei. Es zeige sich nun, dass billiger zu bauen nicht zwingend besser sei. Auf Rückfrage von Stadtrat **Remmele** nach der Raumhöhe antwortet er, dass diese in den Räumen 3,30 m betrage. Lediglich der Zugang von der Hofseite sei niedriger und lasse sich nicht erhöhen. Eine anderweitige Nutzung sei im Gebäude jederzeit möglich.

Der Fachbereich sei bereits im Gebäude, so Herr **Henning** (Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement und Soziales). Dort könnten die Beratungsangebote nun konzentriert werden.

BM **Ilk** lässt sodann über die Vorlage 549/17 Ziffer II. abstimmen.

### **Beratungsverlauf:**

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 6 auf und begrüßt die Mitarbeiter der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim (SWLB).

Laut Herrn **Skaletz** (Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim) seien die Planungen für die Solarthermieanlage am Römerhügelweg fortgeschritten. Die erforderlichen Gutachten, bspw. die Artenschutzgutachten seien erstellt worden. Der Förderbescheid des Bundes sei eingegangen, der eine Fertigstellung innerhalb von drei Jahren vorsieht. Er dankt für die Unterstützung aus dem Gremium.

Herr **Kurz** (Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim) stellt als Projektleiter für Solar Heat Grid das Projekt anhand einer Präsentation vor. Diese liegt der Niederschrift bei. Der Standort sei westlich des Wasserturms, südlich davon gebe es weitere Potentialflächen auf Kornwestheimer Gemarkung. Mit der Nachbargemeinde sei man darüber in Gesprächen. Durch die Solarthermieanlage könne 40 % mehr Energie eingespart werden, als die gesetzlichen Ziele vorgäben. Es handle sich um ein bundesweites Leuchtturmprojekt. Die Bevölkerung profitiere von

nachhaltig produzierter Wärme. Er geht auf den Zeitplan ein.

Frau **Schmidtgen** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) erläutert das Artenschutzgutachten. Für die dortige Eidechsenpopulation sei eine Rückzugszone von 7500 qm zu schaffen. Ein Freiraumkonzept um die Solarthermieanlage habe die Firma faktorgrün erstellt. Ziel sei die Schaffung eines Erlebnis- und Wissenspfad.

Laut BM **Ilk** sei es ein sehr wichtiges Projekt. Die Bundesregierung habe zugegeben, die Einsparziele zum Klimaschutz nicht einhalten zu können. Ludwigsburg gehe in der Erfüllung der Ziele beispielhaft voran. Wichtig sei die Wissensweitergabe vor Ort und angemessene Wegebeziehungen. Die SWLB und die Stadt hätten das Projekt intensiv vorbereitet.

Stadträtin **Burkhardt** dankt für den Vortrag und bezeichnet die Solarthermieanlage als großes, umfangreiches Projekt. In Bezug auf ihren Antrag führt sie aus, dass ihre ursprüngliche Anfrage im Juli nichtöffentlich beantwortet worden sei. Nun bestehe sie auf eine schriftliche Beantwortung des Antrags und auf Zurverfügungstellung der Unterlagen, auch der Artenschutzgutachten. Letztere wolle sie beim BUND besprechen.

Stadtrat **Th. Lutz** signalisiert die Unterstützung der Fraktion für das Projekt und spricht ein Lob aus. Es sei sehr wichtig und auf die Fläche werde sinnvoll genutzt. Er erkundigt sich, wie die Wiesenbereiche zwischen den Solarfeldern gemäht würden und ob das Biotop angemessen sei.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** dankt für die Informationen. Die Planer hätten an alle Bereiche gedacht. Der Zuschuss sei gewährt worden, weil gewürdigt werde, dass es die Stadt mit der Energiewende ernst meine.

Stadtrat **Juraneck** schließt sich dem Lob an. Die Fraktion stimme dem Vorhaben zu. Er spricht seinen Dank aus, dass die hohe Förderungssumme von 10 Mio. Euro generiert worden sei. Inhaltlich stehe man zu diesem Leuchtturmprojekt zur Verbesserung der Ludwigsburger Energiebilanz. Die Nutzung der Fläche bezeichnet er als sinnvoll. Er fragt, ob die Wegeverbindung durch das Biotop notwendig sei.

Dass das Vorhaben jetzt vorgestellt werde, wenn viele Details geklärt seien, findet Stadtrat **Rothacker** nachvollziehbar. Er fragt nach dem Gesamtbudget der Maßnahme und ob die Potentialfläche auf Kornwestheimer Gemarkung gekauft oder gemietet werde. Zudem erkundigt er sich nach Maßnahmen zum Vandalismusschutz.

Stadtrat **Lettrari** bezeichnet das Gesamtprojekt als Schmuckstück und wünscht für die Umsetzung viel Erfolg.

Stadträtin **Burkhardt** wirft ein, dass Umweltverbände andere Erfahrungen mit Eidechsen gemacht hätten, was Umsiedlungsmaßnahmen anbelangt.

Laut Herrn **Skaletz** betrage das Gesamtbudget 14 Mio. Euro, von denen 80 %, also 10,4 Mio. Euro gefördert würden. Die Flächen in Kornwestheim würden ggf. in Erbbaupacht erworben. Die Verhandlungen darüber würden in den kommenden Tagen stattfinden.

Frau **Schmidtgen** führt aus, dass ein Erholungsgebiet für die Bewohner und Werktätigen in der Weststadt geschaffen werde. Der Erfahrung nach gebe es in solchen Anlagen keinen Vandalismus.



TOP 6                      Solarthermische Anlage der Stadtwerke am  
Römerhügelweg  
- mündlicher Bericht

---

Herr **Kurz** erläutert, dass die Höhe der Solarmodule 2 m betrage. Aus vergleichbaren Anlagen wisse man, dass Gras keine Beeinträchtigung darstellt.

BM **Ilk** dankt den Vortragenden und stellt fest, dass das Gremium Kenntnis genommen habe. Er schließt daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 6.1                      Standort der größten Solaranlage Deutschlands                      Vorl.Nr. 519/17  
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU)  
vom 21.11.2017

---

**Beratungsverlauf:**

Siehe TOP 6.